

26.08.2026

Der Konzernbetriebsrat informiert:

Unsere Konzerntochter BiG ist derzeit im Liquidationsverfahren.

Dem Konzernbetriebsrat liegt ein Übertragungsbeschluss des BR BiG vor, für den Betrieb einen Sozialplan und Interessenausgleich zu verhandeln.

Der Bundesvorstand lehnt die Verhandlungen mit Hinweis auf die Schwellenwerte der §§ 111, 112 BetrVG ab, obwohl wir ihm vermittelt haben, dass Gewerkschaften immer eine freiwillige Regelung anstreben, wo diese gesetzliche Regelung die Schutzwirkung für betroffene Beschäftigte unmöglich macht.

Aber lest selbst die betriebliche Veröffentlichung (s.u.)!

Euer ver.di KBR

Geplante Kündigungen von Schwangeren, Schwerbehinderten, Betriebsräten und langjährig Beschäftigten bei der ver.di-Tochter?

Sieht so die Solidarität im eigenen Haus aus, ver.di?!

Der Kahlschlag beim Essener BiG – Bildungsinstitut im Gesundheitswesen gGmbH i. L. muss verhindert werden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter,

was macht unsere Gewerkschaft ver.di, wenn ein privater Arbeitgeber versucht, eine Schwangere, eine Schwerbehinderte, (ehemalige) Betriebsräte und langjährig Beschäftigte auf die Straße zu setzen? Sie zieht lautstark vor das Werkstor, mobilisiert die Presse, kämpft und zieht bis vor das Bundesarbeitsgericht.

Was aber passiert, wenn der Arbeitgeber die Gewerkschaft ver.di selbst ist?

Bei der **BiG (Bildungsinstitut im Gesundheitswesen gGmbH i. L.)** in Essen – einer 100%-igen Tochtergesellschaft der ver.di-Immobilien-Gesellschaft (IVG Berlin) – erleben wir gerade genau dieses beschämende Szenario. Am 11. Mai 2026 wurde das BiG-Team darüber informiert, dass der Gesellschafter die Liquidation beschlossen und zum 01.05.2026 angemeldet hat. Hier soll die Belegschaft eiskalt abserviert werden, während man sich kalkuliert hinter Gesetzeslücken versteckt.

Die Vorgeschichte: zwei Jahre Hinhalten und gezielte Tariffucht

Dieser moralische Tiefpunkt ist das Ergebnis eines jahrelangen, bewussten Zermürbungsprozesses:

- **Kein gesetzlicher Anspruch, also keine soziale Verantwortung?** Wir sind 16 feste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Team, daher greift die gesetzliche Pflicht zur Aufstellung eines Sozialplans nicht. Diese greift erst ab 20 Beschäftigten (§ 111 BetrVG). Wegen dieser Ausgangssituation hat unser Betriebsrat den Übertragungsbeschluss gefasst, dass unser ver.di Konzernbetriebsrat (KBR) mit dem Bundesarbeitgeber einen freiwilligen Interessenausgleich und Sozialplan verhandeln soll. ver.di stellt sich bisher auf den formalen Standpunkt, dass kein Bedarf für einen Interessenausgleich oder Sozialplan bestehe. Freiwillige Verhandlungen wurden über Monate verschleppt und dann abgesagt.
- **Verschleppte Tarifarbeit mit System:** Durch bewusste Verzögerungstaktiken bei der Bildung einer Tarifkommission verstrich die Frist zur Kündigung unserer Entgeltabelle im September 2025 ungenutzt. Der Belegschaft ist dadurch bereits ein handfester wirtschaftlicher Schaden entstanden. Nun sollen wir mit einem Arbeitgeber verhandeln, der gleichzeitig die Liquidation betreibt!
- **Existenzielle Unsicherheit:** Das gesetzliche Sperrjahr läuft bereits. Die Aussage der Liquidatoren, dass es „dieses Jahr wohl keine Kündigungen geben wird, man aber nichts versprechen kann“, ist absolut unzureichend und schafft existenzielle Unsicherheit für uns und unsere Familien.
- **Keine Perspektive für unsere Teilnehmenden:** Wir machen uns ebenfalls massive Sorgen um die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Weiterbildungen. Bis heute

wurde kein konkretes, verlässliches Konzept präsentiert, wie sie ihre Abschlüsse sicher erlangen können. Das gefährdet die berufliche Zukunft der Menschen, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben.

Der Skandal: "Rosinenpickerei" und das gezielte Aussieben der Schwächsten

Nach zwei Jahren Hinhaltenaktik, in denen der Belegschaft immer wieder die Möglichkeit einer „Überführung in eine größere Umgebung“ versprochen wurde, meldeten die Gesellschafter der IVG ver.di im Mai 2026 plötzlich die Liquidation des Bildungsinstituts an. Die Geschäftsführung bzw. Liquidatoren behaupten, man habe nun endlich einen ernsthaften Kaufinteressenten, der unsere Räume nutzen und die dringend benötigte Ausbildung, Fort- und Weiterbildung von Pflegekräften fortführen will. Dieser Kaufinteressent ist jedoch ausdrücklich nicht durch die Arbeitgeberseite, sondern durch die Arbeitnehmer am BiG selbst zustande gekommen!

Doch statt eines sauberen, gesetzlichen Betriebsübergangs (§ 613a BGB) plant man Teile der Beschäftigten in der BiG Aufhebungsverträgen vorzulegen. Das vermutliche Ziel: Die Umgehung des Kündigungsschutzes, um sich die Belegschaft nach "Nase" und persönlicher Sympathie zusammenzubauen.

Dabei könnten ausgerechnet diejenigen auf der Strecke bleiben, die den stärksten Schutz genießen sollten, wie z.B.:

- eine Schwangere, die kurz vor dem Mutterschutz steht
- eine Schwerbehinderte
- (ehemalige) Betriebsräte
- langjährige Beschäftigte, die kurz vor dem Renteneintritt stehen.

Erst nachdem der Betriebsrat darauf hingewiesen hat, dass es so nicht geht, soll nun plötzlich „geprüft“ werden, ob nicht doch ein Betriebsübergang vorliegt. Allein der Versuch, einen unsozialen, diskriminierenden Selektionsprozess durchzuziehen, entspricht nicht der Ethik und den Werten einer Gewerkschaft!

Keine gesetzliche Pflicht = Keine soziale Verantwortung?

Da wir ein Team von "nur" 16 Beschäftigten sind, zieht sich ver.di auf den klassischen Arbeitgeber-Standpunkt zurück: Die gesetzliche Pflicht für einen Sozialplan greift erst ab 20 Beschäftigten (§ 111 BetrVG).

- **Wir fragen uns:** Gilt gewerkschaftliche Solidarität nur, wenn der Gesetzgeber sie erzwingt?
- **Wir fragen uns:** Warum verwehrt ver.di den eigenen Beschäftigten Loyalität und verweigert seit Monaten einen fairen, freiwilligen Sozialplan, während sie genau das bei Helios, den Unikliniken oder anderen Trägern lautstark einfordert?
- **Wir fragen uns:** Ist Gewerkschaftsarbeit nicht auch eine gesamtpolitische Bildungsverantwortung?

Ja, das Bildungsinstitut schreibt bekanntermaßen bereits seit Jahren rote Zahlen. Seit rund 20 Jahren nimmt der Arbeitgeber dies bewusst hin. Das Unternehmen wird seitdem an die Wand gefahren. Zudem werden keine Gegenmaßnahmen oder Strukturentwicklungen vorangetrieben. Dies spiegelt sich u. a. dadurch wider, dass die Geschäftsführung in Berlin sitzt und kein permanenter Ansprechpartner in Präsenz vorgehalten wird.

Es darf in Zeiten des dramatischen Pflegenotstands eine gewerkschaftliche Tochtergesellschaft nicht rein nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten abgewickelt werden, ohne die soziale Infrastruktur und die Arbeitsplätze derjenigen abzusichern, die die Arbeit machen!

Unsere unmissverständlichen Forderungen:

1. **Im Falle einer Übernahme: Ein echter Betriebsübergang (§ 613a BGB) ohne Wenn und Aber:** Wer die Räume und Kurse übernimmt, muss die gesamte Belegschaft zu den bestehenden Konditionen übernehmen, unter anderem ohne neue Probezeiten und unter voller Anerkennung aller Dienstjahre!
2. **Gleichbehandlung und Solidarität & sofortiger Stopp der Diskriminierung:** Keine Ausgrenzung von Schwangeren, Schwerbehinderten, Betriebsräten und langjährig Beschäftigten. Die Anwendung derselben sozialen Schutzstandards auf die eigenen Beschäftigten der BiG, die ver.di für alle anderen Arbeitnehmer einfordert. Die Arbeitsplätze und die von den Beschäftigten erarbeiteten Rechte müssen erhalten werden!
3. **Ein freiwilliger, starker Sozialplan:** Schluss mit dem Verstecken hinter der 20-Beschäftigten-Schwelle. Wir fordern die sofortige Aufnahme von Verhandlungen über einen Sozialplan inklusive fairer Abfindungsregelungen für alle Kolleg:innen und einer Arbeitsplatzsicherung im Falle einer Übertragung auf andere Träger.
4. **Verbindliche Lösungen für die Teilnehmenden:** Sofortige Vorlage eines transparenten und abgesicherten Plans, der garantiert, dass alle laufenden Weiterbildungskurse erfolgreich und ohne Nachteile zu Ende geführt werden können. Keine und keiner darf ins Bergfreie fallen!

Wie könnt ihr uns helfen?

Wir bitten lautstark um *EURE* Hilfe! Helft uns, Druck aufzubauen, damit dieses bittere Schauspiel nicht still und leise im Hintergrund vollzogen wird:

- **Teilt dieses Schreiben** mit euren ver.di-Kolleg:innen.
- **Thematisiert unsere Situation & unterstützt uns bei kommenden Aktionen**, um der Konzernleitung zu zeigen:

Solidarität ist unteilbar.

Sie darf nicht vor der eigenen Haustür haltmachen!

Der Bundesvorstand muss endlich (*fair*)handeln!